



Überschuldung: Wenn der Automat keine Scheine mehr ausspuckt

BEDARF WEITER GESTIEGEN

Schuldnerberatung wichtiger denn je

Deutlich mehr Menschen als vor der Corona-Krise suchen Hilfe bei der Schuldnerberatung – dieser Trend ist deutschlandweit zu verzeichnen. Im Corona-Jahr 2020 haben 588 000 Menschen bundesweit Hilfe in Anspruch genommen. Die Caritas fordert den bedarfsgerechten Ausbau der Kapazitäten.

In allen sozialen Schichten nehme die Verschuldung zu, beklagt der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Stephan Jentgens. "Soziale Schuldnerberatung, die auch die Beratungsstellen der verbandlichen Caritas anbieten, hat den gesamten Menschen in

seinem sozialen Umfeld im Blick. Das macht auch den Erfolg dieses Ansatzes aus, den zahlreiche Studien belegen", sagt Jentgens. Verschuldung schränke die Lebensgrundlage vieler Menschen ein. Das sei nicht nur ein finanzielles Problem. "Uns geht es um die Menschen, so wie es auch das Motto der Aktionswoche Schuldnerberatung 'Der Mensch hinter den Schulden' der Arbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) ausdrückt. Verschuldung ist immer auch eine menschliche Katastrophe", so Jentgens.

Nach Schätzungen sind - auch infolge der Corona-Pandemie - zwei Millionen Soloselbstständige und Freiberufler von Überschuldung bedroht. Viele Existenzen seien finanziell prekär aufgestellt, sagt Roman Schlag, Fachreferent für Schuldnerberatung beim Caritasverband für das Bistum Aachen und Sprecher der AG SBV. "Wir sprechen da mittlerweile nicht mehr nur

über Empfänger von Grundsicherung und im Niedriglohnsektor Beschäftigte. Jetzt drohen auch Menschen in Verschuldung zu geraten, die es vorher niemals für möglich gehalten hätten", sagt Schlag. Das zeige, dass zusätzliche gemeinnützige Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen nötig seien, vor allem im ländlichen Raum. Die Kommunen kämen nicht umhin, eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Schuldnerberatungsstellen zu finanzieren. Dazu gehöre auch die Berücksichtigung von tariflichen Löhnen und von Verwaltungs- und Sachkosten. Das sei, so Schlag weiter, auch im eigenen Interesse der Kommunen. "Ein nicht ausreichendes Netz von Schuldnerberatungsstellen, das nicht auskömmlich finanziert ist, kommt den Kommunen am Ende teurer zu stehen. Jeder Verschuldete, dem nicht gut geholfen werden kann, droht eine zusätzliche Belastung für die Kommunen bei der Sozialhilfe zu werden", sagt Schlag.

Menschen, die in finanzielle Not geraten seien, benötigten - unabhängig von ihrer Einkommenssituation - kompetente Unterstützung. Daher müsse endlich ein Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung für alle ins Gesetz geschrieben werden. Schlag begrüßt ausdrücklich die jüngste Reform des Insolvenzrechtes, nach der es möglich ist, nach drei Jahren eine Schuldenbefreiung zu erhalten. Doch nun seien weitere Reformen notwendig: "Die Speicherfristen von Schuldendaten bei Auskunfteien müssen deutlich kürzer werden. Dass bei der Schufa Schuldendaten weitere drei Jahre nach Ende des dreijährigen Insolvenzverfahrens gespeichert bleiben, erschwert ehemals Verschuldeten den Neustart. Für sie ist es zum Beispiel schwer bis unmöglich, unter diesen Bedingungen eine neue Wohnung zu finden. Wohnen aber ist ein Menschenrecht, das Überschuldeten oder von Armut Bedrohten nicht vorenthalten werden darf.

Daher fordern wir eine Speicherfrist bei der Schufa von höchstens einem, besser einem halben Jahr", sagt Schulden-Experte Roman Schlag. 



AUSGABE JUNI 2021

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

-  caritas-nrw.de/nachrichten
-  facebook.de/caritas_in_NRW
-  redaktion@caritas-nrw.de

Zitterpartie

Beklagen gehört neben Beklatschen zu den Gefühlsbekundungen in der Pandemie, die erst einmal nichts kosten. An den Belastungen für Familien besteht kein Zweifel, und sie sind - nicht zuletzt politisch - ausreichend gewürdigt worden. Aber wenn es zum Schwur kommen, also Geld für ihre Entlastung bereitgestellt werden müsste, sieht es mau aus. Neun Milliarden für die Lufthansa? - Kein Thema. Aber ein Rettungsschirm für Kurkliniken, in denen Mütter, Väter und Kinder ihre angegriffene Gesundheit rehabilitieren und langfristigen Schäden vorbeugen können? Seit Beginn der Pandemie kämpft das Müttergenesungswerk darum. Erst wurde übersehen, dass auch die Kurkliniken plötzlich schließen mussten, dann liefen die mit Verzögerung bewilligten Ausgleichszahlungen wieder aus und wurden erst nach einer Lücke erneut gewährt.

Ende Mai war wieder Schluss, dann gab es noch einmal einen kleinen Nachschlag bis zum 15. Juni. Angesichts der sinkenden Inzidenzzahlen seien weitere Hilfen nicht mehr notwendig. Dabei ist ohnehin gerade mal die Hälfte der Einnahmeausfälle übernommen worden.

Es bleibt eine Zitterpartie. Die Politik spielt mit der Existenz der Kliniken und letztlich mit der Gesundheit der Familien. Manche der 70 MGW-Einrichtungen bundesweit können wieder 100 Prozent ihrer Plätze anbieten, aber auch sie müssen weiterhin höhere Kosten wegen strenger Hygieneauflagen und mehr kurzfristiger Absagen verkraften. Das MGW verlangt deshalb zu Recht eine Verlängerung des Rettungsschirms bis zum Jahresende. Für den Bereich Pflege und Gesundheitsversorgung ist der Bedarf für diesen Zeitraum bereits anerkannt. Argument: Das Pandemiegeschehen ermögliche weiterhin keinen wirtschaftlichen Betrieb. Warum nicht gleiches Recht bei gleichem Problem? 

HARALD WESTBELD

 westbeld@caritas-muenster.de

EINRICHTUNG EINER PFLEGEKAMMER IN NRW

Pflege will für sich selbst sprechen

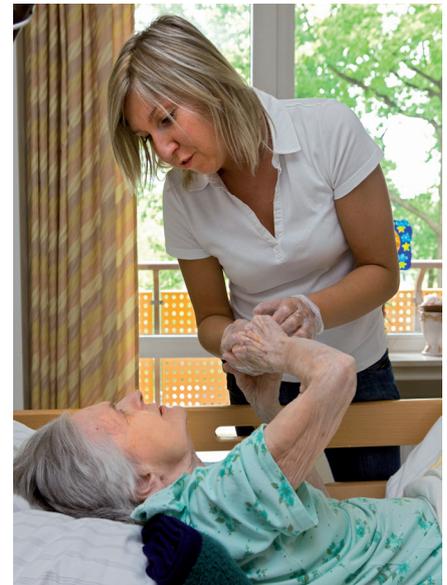
Pflegefachpersonen in Nordrhein-Westfalen werden jetzt offizielle Post erhalten. Nachdem der nordrhein-westfälische Landtag 2020 für die Errichtung einer Pflegekammer gestimmt hatte, hat das Gesundheitsministerium die nächsten Schritte eingeleitet.

So wurde im September 2020 ein sogenannter ehrenamtlich arbeitender Errichtungsausschuss berufen, in den auch die Wohlfahrtsverbände Mitglieder entsenden konnten. Der Auftrag lautet, alle Strukturen für die Pflegekammer bis Frühjahr 2022 aufzubauen.

Die Pflegekammer wird als Körperschaft des öffentlichen Rechts zukünftig die Interessen der Pflegenden vertreten. Dazu gehört beispielsweise, dass die Normen, die den Pflegeberuf definieren, nicht mehr von Fachfremden, sondern von der Kammer definiert werden. Dieses Recht erhalten Heilberufe nur, wenn eine verbindliche Mitgliedschaft aller Berufsangehörigen eines Landes vorliegt. Das unterscheidet die Kammer maßgeblich von Vereinen, Verbänden und freiwilligen Zusammenschlüssen, die ein sogenanntes Normenrecht nicht übertragen bekommen können. Deswegen fordert die Pflegekammer alle berufstätigen Pflegefachpersonen auf, sich zu registrieren. Die Pflegenden wählen dann 2022 ihre Vertreterinnen und Vertreter, die im "Parlament der Pflegenden", der Kammerversammlung, zusammenkommen.

Was ist eine Pflegekammer?

Eine Pflegekammer ist die eigenständige Vertretung der Pflegefachpersonen. Das bedeutet, dass zentrale Belange durch die Berufsgruppe selbst formuliert und reguliert werden. Dadurch können Pflegefachpersonen an den ihre Tätigkeit betreffenden Entscheidungen aktiv mitwirken. Die Pflegekammer NRW wird wichtige Aufgaben wahrnehmen. Dazu gehören die Entwicklung einer Berufsordnung, die Festlegung von Qualitätsrichtlinien sowie die Zuständigkeit für berufliche Weiterbildungen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass alle, die in dem Beruf tätig sind, Mitglied der Pflegekammer werden. Die Mitglieder wählen die Kammerversammlung und können sich selbst zur Wahl aufstellen lassen. Oberstes Ziel der Pflegekammer ist es, eine sachgerechte, professionelle Pflege für Bür-



Rund 80 Prozent der befragten Pflegekräfte in NRW hatten sich für eine Pflegekammer ausgesprochen. Foto: Pohl

gerinnen und Bürger sicherzustellen. Denn ob eine fachgerechte Pflege möglich ist und dafür ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung stehen, lässt sich am besten am Wohlergehen der zu Pflegenden messen.

Die Hoffnung hinter der Errichtung einer Pflegekammer ist, dass die Belange der Pflegenden in der Öffentlichkeit und Politik stärker und nachhaltiger wahrgenommen werden. Mit rund 200 000 Mitgliedern wird die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen die größte Heilberufskammer Deutschlands sein. Jede Pflegefachperson, die in NRW lebt und eine Berufserlaubnis besitzt, ist per se Pflichtmitglied.

Allerdings können Pflichtmitgliedschaft und Zwangsbeiträge die Akzeptanz einer selbstverwalteten Interessenvertretung durchaus schwächen. So schaffen Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihre Pflegekammern wieder ab. Das haben die Landesparlamente entschieden, weil Pflegekräfte protestierten. 

M.L.

 www.pflegekammer-nrw.de

Beratung für Zuwanderer ist ihr Geld wert

Mal angenommen, ich ginge beruflich nach Russland oder in die Türkei: Wo kriege ich eine Identitätsnummer? Wo melde ich mich an und mit welchem Status - Expatriate vielleicht, was heißt das überhaupt? Wie komme ich an eine Wohnung, eine Krankenversicherung, einen Sprachkurs, eine Schule für meine Kinder, und brauche ich eine Haftpflicht? Mache ich mich strafbar, wenn ich nicht direkt Kontakt mit den Steuerbehörden aufnehme? Und wie überhaupt soll ich all die Formulare ausfüllen, wenn ich weder Russisch noch Türkisch verstehe?

Je effizienter die Hilfe, desto schneller kann ich meine Rolle in der neuen Gesellschaft einnehmen. So arbeiten in Deutschland die Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer (MBE). Sie bereiten zügig darauf vor, die Formalitäten zu erledigen und den Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Bundesweit bezogen im Jahr 2019 zu Beginn der Beratung 61 Prozent der Ratsuchenden Leistungen nach ALG II, am Ende der Beratung nur noch knapp 39 Prozent - so das Resümee der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege.

Trotz dieser positiven Resonanz hat die NRW-Landesregierung jedoch die Finanzierung der Beratungsstellen zum Jahresanfang 2021 gedeckelt. Ab 2023 wird neu entschieden. Die große Sorge der Freien Wohlfahrt ist, dass es zu weiteren Kürzungen kommen könnte. Über die Hintergründe informieren die Beratungsstellen in vielen Städten und Kreisen zum 7. MBE-Aktionstag am 30. Juni.

Der Beratungsbedarf der MBE-Klienten, die vor allem aus Syrien, Irak, Afghanistan, der Türkei und der Russischen Föderation kommen, ist nach wie vor hoch - und viel komplexer als meiner, ginge ich tatsächlich mit Expatriate-Status ins Ausland. Die Förderung des NRW-Integrationsministeriums wurde für 2021 von bis zu 71.000 auf 53.100 Euro gedeckelt. Die Träger müssen seither 5.000 bis 10.000 Euro jährlich pro Vollzeitstelle selbst finanzieren - woher nehmen, vielleicht aus den sinkenden Kirchensteuern?

Die Lösung könnten billigere Berater direkt nach dem Studium sein. Ein guter Mix im Team ist natürlich wünschenswert: hoch motivierte junge Fachkräfte, die bei den älteren Kollegen mit ihrem interkulturellen und juristischen Vorwissen und der nötigen Beratungsroutine "abgucken" können. Wer jahrelang als hoch qualifizierte Fachkraft Zuwanderern die Integration erleichtert, ist sein Gehalt mehr als wert. Außerdem: Die Zuwanderer, die hier beraten werden, haben keinen Expatriate-Status mit der Sicherheit einer heimischen Firma im Rücken, sondern meist eine gefährliche, zehrende, erschütternde Fluchtgeschichte in den Knochen. Für die Caritas ist es auch eine humanitäre Verpflichtung, ihnen den Weg in ein selbstbestimmtes, sicheres Leben zu ermöglichen. ◀

CORDULA SPANGENBERG,

✉ Cordula.Spangenberg@caritas-essen.de

SUCHTHILFE BEUNRUHIGT

Riskanter Konsum fliegt auf

Der Lockdown hat in Sachen Arbeitsverhalten manches verdeckt, aber auf der anderen Seite sind auch problematische Entwicklungen eher aufgefallen. Ein Effekt zeigt sich in manchen Suchtberatungsstellen: immer mehr Angehörige von Suchtkranken bitten um Hilfe und Beratung.

Bei den Beratungsstellen der Caritas im Rhein-Kreis Neuss haben sich 2020 im Vergleich zum Jahr davor doppelt so viele Angehörige gemeldet. Zwei Hauptgründe: Die Pandemie verstärkt den riskanten Konsum von Alkohol und Zigaretten und inzwischen fallen Suchtprobleme auch eher auf.

Innerhalb von Familien ist Sucht manchmal wie ein "Elefant im Wohnzimmer". Die Sucht eines Familienmitglieds ist häufig für alle offensichtlich, aber lange Zeit spricht niemand darüber. Wer seine Sucht bisher verheimlichen konnte, fliegt jetzt auf. "Vor dem Lockdown boten zum Beispiel Schule und Arbeit eine Menge Nischen, um heimlich zu konsumieren", sagt Angelika Schels-Bernards, Referentin für Suchthilfe

der Caritas für das Erzbistum Köln.

Etliche Suchtberatungsstellen registrieren eine deutlich höhere Zeit der Beratungen von Angehörigen. Das ist ein Indiz dafür, dass auch problematisches Suchtverhalten an sich zugenommen hat. Gerade für Menschen, die nach einer Sucht abstinent leben, sei der Lockdown Gift gewesen, sagt Schels-Bernards. "Frustration und Einsamkeit, aber auch Kurzarbeit oder Entlassungen, können Menschen zurück in die Abhängigkeit treiben." Wer tagsüber schon trinkt und keine Tagesstruktur hat, könne im Lockdown ein unkontrolliertes Suchtverhalten entwickeln.

In allen Caritasverbänden macht man sich Sorgen um die Folgen des Anstiegs der

Beratungsnachfragen. Bei den telefonischen Anfragen haben die Kapazitäten in Spitzenzeiten bei Weitem nicht ausgereicht. Aber dies ist ein generelles Problem: Auf einen Ersttermin musste auch vorher schon drei bis vier Wochen gewartet werden. Jetzt nach dem Lockdown muss leider befürchtet werden, dass noch mehr Menschen die Beratungsstellen aufsuchen. Und das würde das System absehbar an Kapazitätsgrenzen führen.

Caritas und Diakonie sind zusammengekommen Träger von 90 Prozent der 170 Sucht- und Drogenberatungsstellen in NRW. Angesichts der Pandemie warnt die Caritas vor einer bröckelnden Finanzierungsgrundlage. Die Suchtberatung wird durch die Kommunen refinanziert, in der Regel pauschal und unabhängig von der Auslastung. Zu befürchten ist, dass Kommunen wegen der finanziellen Ausfälle der Pandemie "an der falschen Stelle" sparen. Mit der Folge, dass Suchtkranke dann noch länger auf eine Beratung warten müssen. ◀

MARKUS LAHRMANN

Frauen besonders gefährdet

Auch wegen der Corona-Pandemie boomt der Onlineglücksspielmarkt. Auffällig ist dabei: "Der Anteil von Frauen mit einer Spielsuchtproblematik ist stark gestiegen", berichtet die Leiterin der Fachstelle Glücksspielsucht der Caritas im Rhein-Kreis Neuss, Verena Verhoeven. Der neue Staatsvertrag Glücksspiel, der Mitte des Jahres in Deutschland in Kraft tritt, helfe Spielsüchtigen aber nur bedingt.

Kinderbetreuung, Homeoffice, Wäsche waschen, Kochen - es seien immer noch Frauen, die zu Hause den Großteil der Arbeiten erledigten. "Spielaffine Frauen suchen beim Onlineglücksspiel Entspannung. Das lässt sich ganz leicht in den Alltag integrieren. Sie sind deshalb eine wichtige Zielgruppe für Onlineglücksspiel-Anbieter", so Verhoeven. Doch auch die kurzen Spiele zwischendurch könnten der Einstieg zu süchtigem Spielverhalten sein. Genaue Zahlen gebe es nicht. Verhoeven schätzt aber, dass 90 Prozent der Anruferinnen sich wegen einer Onlineglücksspiel-Problematik melden.

Das Spielen online habe dabei besonders hohes Suchtpotenzial: "Es ist 24 Stunden am Tag an praktisch jedem Ort verfügbar, es kann in schneller Spielfolge mit hohen Einsätzen gespielt werden, und das Gefühl für Geldverlust und eine soziale Kontrolle fehlen völlig", so Verhoeven.

Bisher war ein Großteil der Onlineglücksspiel-Angebote in Deutschland ein Schwarzmarkt. "Spielerchutz, Jugendschutz - Fehlanzeige", sagt sie. Deshalb begrüßt die Leiterin der Fachstelle die Legalisierung und die Einführung eines Spieler-schutzes ausdrücklich. Zum 1. Juli 2021 sollen die digitalen Varianten von Poker und Roulette sowie von Sportwetten in

Deutschland legalisiert werden. Kritisch sieht sie aber die Art der Umsetzung. Geplant ist beispielsweise ein monatlicher Maximaleinsatz von 1.000 Euro. Doch es gebe wohl nur wenige Hilfesuchende in der Neusser Fachstelle, die es sich leisten könnten, monatlich einen so hohen Betrag zu verspielen, sagt Verhoeven.

Außerdem macht sie sich für ein anbieterübergreifendes Sperrsystem in deutscher Sprache stark, bei dem man sich selbst oder andere sperren lassen kann. Dieses sei im neuen Staatsvertrag nicht weit genug konkretisiert worden. Spielen über das eigene Limit werde mit so einem System unterbunden. Diese klaren Grenzen brauche es, denn: "Spielsucht bedeutet ja gerade, dass man sein Spielverhalten selbst nicht mehr regulieren kann", so Verhoeven.

Grundsätzlich wachse der gesamte Glücksspielmarkt seit Jahren. In Neuss hat sich zum Beispiel die Zahl der aufgestellten Spielhallen-Automaten seit dem Jahr 2006 mehr als verdoppelt (2006: 140, 2018: 295). Die Einnahmen haben sich im selben Zeitraum auf fast 9,5 Millionen Euro sogar beinahe vervierfacht. Wie stark das Wachstum des Onlineglücksspiels ist, lässt sich dabei nur schwer ermitteln. Ein Anstieg der Anfragen sei seit der Pandemie aber eindeutig feststellbar - auch bei den Männern.

"Beschlossen wurde der Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) schon 2020, doch erst jetzt erfolgte tatsächlich die fristgerechte Ratifizierung in allen 16 Landtagen - nach zähem Ringen um einheitliche Lösungen. Es ist auch nicht der erste Staatsvertrag seiner Art, aber der mit der weitreichendsten Liberalisierung. Ein Kernziel des GlüStV 2021 ist nämlich die Kanalisierung des natürlichen Spieltriebs in überwachte und regulierte Bahnen, also nicht mehr dessen größtmögliche Eindämmung.

Nach der Liberalisierung von Sportwetten bereits Anfang 2020 dürfen nun zusätzliche Genehmigungen für private Glücksspielangebote im Internet erteilt werden, namentlich für virtuelle Automatenspiele, Online-Poker und Online-Casinospiele. Virtuelle Automatenspiele und Online-Poker können künftig in allen Bundesländern und für eine unbegrenzte Anzahl von privaten Anbietern erlaubt werden. ◀

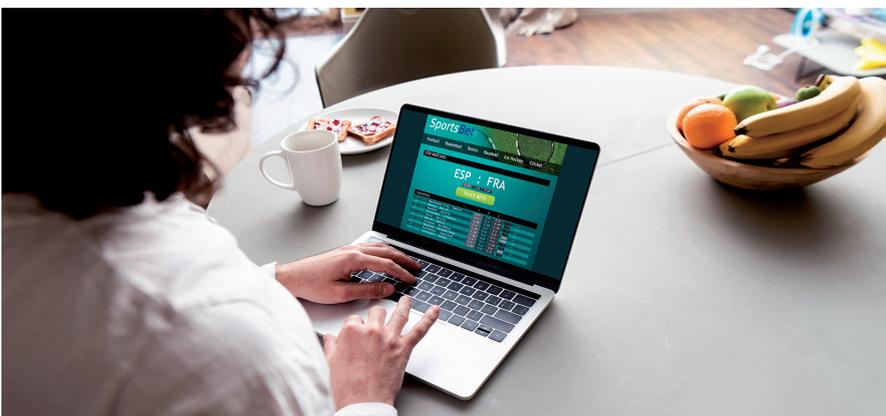
WOHLFAHRTSPFLEGE

Corona-Aufholpaket für Kinder reicht nicht

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen (LAGÖF NRW) kritisiert das von der Bundesregierung geplante Corona-Aufholpaket für Kinder als nicht ausreichend. "Wir müssen für Kinder und Jugendliche auch nach der Pandemie einheitliche Lebensverhältnisse schaffen", mahnte Vorstand Christian Heine-Göttelmann.

Alles andere wäre eine vertane Chance. Mit dem Programm über zwei Milliarden Euro sollen unter anderem Lernhilfen sowie Ferien- und Freizeitmaßnahmen gefördert werden. Diese Einmalzahlung reiche nicht aus, so Heine-Göttelmann. Die LAGÖF NRW fordere daher, dass der Bund in den nächsten fünf Jahren regelmäßig in die Zukunft von Kindern investieren solle, hieß es. Junge Menschen müssten nicht nur in Schulen und Kindertagesstätten gefördert werden, sondern bräuchten auch Angebote in Sport, Kultur und Freizeit. ◀

KNA



Der schnelle Kick im Alltag kann beim Onlineglücksspiel zu gefährlichem Suchtverhalten führen.

Foto: © PantherMedia / AlexShadyuk

"Angriffe sind unerträglich"

Die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen kritisiert antisemitische Angriffe in Deutschland. "Es ist absolut unerträglich, dass Juden und Jüdinnen, Synagogen und jüdische Einrichtungen bedroht und angegriffen werden", erklärte der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft, Dr. Frank Johannes Hensel, in Düsseldorf. Was da geschehe, sei menschenfeindlich und habe mit einem Kampf für Gerechtigkeit nichts zu tun. Der Dachverband zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Sozialverbände stehe für Pluralität, Solidarität und Respekt, hieß es. "Die Wohlfahrtsverbände stemmen sich gegen jeden Versuch der Einschüchterung und Herabwürdigung - ganz gleich, ob es sich um Menschen jüdischen, muslimischen oder christlichen Glaubens handelt", so Hensel. ⬅

Europäische Sozialpolitik

Armutsbekämpfung und Tarifbindung, verbindliche soziale Rechte für die Menschen in Europa und nicht zuletzt die Grundsätze europäischer Förderpolitik

standen im Mittelpunkt eines Online-Austauschs der Caritas in NRW mit der Europaabgeordneten Özlem Alev Demirel von den Linken. Die Caritas in NRW betonte die wichtige Rolle der gemeinnützigen Sozialwirtschaft. In Deutschland gehören hierzu große Träger von stationären Einrichtungen wie Krankenhäusern und Altenheimen, aber auch etliche kleinere Vereine, die sich beispielsweise um Gemeinwesenarbeit, Sozialberatung, interkulturelle Öffnung oder Jugendzentren kümmern. Der in Erarbeitung befindliche EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft müsse deren besondere Rolle würdigen, nicht zuletzt, weil sie Teil der aktiven, demokratischen europäischen Zivilgesellschaft sei. ⬅

➤ www.caritas-nrw.de/aktuelles/caritas-politisch

Sommersammlung

Noch bis zum 26. Juni geht die Sommersammlung, die die Caritas in NRW gemeinsam mit der Diakonie durchführt. Sie steht unter dem Motto "du für den Nächsten". Ehrenamtliche, die sich in Be-



suchsdiensten für Kranke engagieren, Nachbarschaftshilfen organisieren oder Geflüchteten helfen, bitten um Spenden für die Caritas-Arbeit vor Ort. In einigen Pfarreien gehen die Ehrenamtlichen der Pfarrcaritas - natürlich unter besonderen Hygiene-Schutzvorkehrungen - wieder von Haus zu Haus, um Spenden zu sammeln. Anderswo liegen Überweisungsträger in den Kirchen aus, und Handzettel verweisen auf die Möglichkeit zur Onlinespende. ⬅

AUFKLÄRUNGSPFLICHT GEFORDERT

Hartz IV stellt Jugendlichen eine Schuldenfalle

Junge Erwachsene, deren Eltern Hartz IV beziehen, können zum 18. Geburtstag eine böse Überraschung erleben. Vom Jobcenter bekommen sie statt eines Glückwunsches zur Volljährigkeit eine Rückforderung zu viel gezahlter Sozialleistungen.

Hier haften sie tatsächlich für ihre Eltern", erklärt Ute Cappenberg vom Diözesan-Caritasverband Münster die weithin unbekannteste Regelung, dass eventuelle Überzahlungen anteilig den Kindern zugerechnet werden. Weder hätten die Eltern Schuld, noch sei ihnen das in der Regel bewusst - und schon gar nicht ihren Kindern. Die Caritas fordert eine verbindliche Aufklärungspflicht der Jobcenter, um einen schuldenfreien Start ins selbstständige Leben zu sichern.

Sofern die jungen Erwachsenen über kein eigenes Vermögen verfügen, können sie die Forderung zurückweisen. Diese Möglichkeit räume ihnen der Gesetzgeber grundsätzlich ein, so Cappenberg: "Aber sie müssen auch davon wissen und welche Fristen dafür gelten." Deswegen müsse das Jobcenter rechtzeitig vor dem 18. Geburts-

tag über anstehende Rückforderungen informieren und wie man sie abweisen könne. Das geschehe noch nicht überall, und nicht immer habe der Widerspruch Erfolg.

Allerdings muss zurückgezahlt werden, wenn die jungen Erwachsenen über eigenes Vermögen verfügen, "zum Beispiel auf einem auf ihren Namen von den Großeltern angelegten Sparbuch", erklärt Stefan Beckmann, Schuldnerberater bei der Caritas Rheine. Das seien nicht viele Fälle, aber das Problem tauche immer wieder auf. Sicherlich gebe es eine große Dunkelziffer, weil nur ein kleiner Teil der Betroffenen in die Beratung komme.

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums haben sich bei über 570 000 Minderjährigen insgesamt 192,1 Millionen Euro Schulden angehäuft. ⬅

H. WESTBELD

Besser Arbeit fördern als Arbeitslosigkeit verwalten

Die *Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW (LAG FW)* fordert einen dauerhaft gesicherten sozialen Arbeitsmarkt. "Mit Sorge blicken wir auf die in der Pandemie stark steigenden Zahlen der Langzeitarbeitslosen", sagt der LAG-Vorsitzende Dr. Frank J. Hensel. Deswegen müsse das Instrument "Teilhabe am Arbeitsmarkt" jetzt entfristet werden.

Der Zwischenbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestätige den Erfolg des Teilhabechancengesetzes. "Es gilt, der Langzeitarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Isolation von gesellschaftlicher Teilhabe anhaltend zu begegnen", sagt der LAG-Vorsitzende Hensel. Die 2019 mit dem sogenannten Teilhabechancengesetz eingeführten Reformen in der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose zeigten gute Erfolge. Das ganzheitlich angelegte Konzept mit öffentlich geförderter Beschäftigung, sozialarbeiterischer Begleitung ("Coaching") und beruflicher Qualifizierung bewähre sich in der Praxis. Das bestätige auch die erste Zwischenevaluation durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sagt Hensel.

Die Freie Wohlfahrtspflege habe viel zur erfolgreichen Umsetzung der Reformen des Teilhabechancengesetzes beigetragen, sowohl durch die Trägerschaft von Qualifizierungs- und Beschäftigungsbetrieben als auch durch bereitgestellte Arbeitsplätze in Pflege, Erziehung und Hauswirtschaft.

Optimierungspotenziale sehen die Wohlfahrtsverbände vor allem beim Coaching. "Wir fordern ein Coaching, das die Entscheidungen der geförderten Personen stärkt", sagt Hensel. Das fange bei der Selbstauswahl der Coaches an. Es dürfe nicht länger ausgeschlossen werden, dass Geförderte sich für einen beim Beschäftigungsträger angestellten Coach entschieden. Denn häufig kennen die Beschäftigungsträger die geförderte Person bereits aus einer vorgehalteten Maßnahme oder einem Praktikum. So wurde oft schon ein Vertrauensverhältnis zueinander aufgebaut.

Entfristung wichtiger Reformen

"Es ist besser, in Arbeitsmöglichkeiten zu investieren statt in Arbeitslosigkeit", sagt Hensel. Zudem rentiere es sich auch für die Gesellschaft, wenn Teilhabechancen von Benachteiligten gefördert würden. "Langzeitarbeitslose zu integrieren, braucht einen langen Atem und gute Förderinstrumente - genau die haben wir jetzt, weil das Teilhabechancengesetz eine arbeitsmarktpolitische Lücke geschlossen hat", sagt Hensel. Die Wohlfahrtsverbände fordern deshalb nach den positiven Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis, die gesetzliche Befristung des arbeitsmarktpolitischen Instruments "Teilhabe am Arbeitsmarkt" (§ 16i im zweiten Sozialgesetzbuch - SGB II) aufzuheben.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in der Corona-Pandemie stark angestiegen, innerhalb eines Jahres um 36,3 Prozent (März 2020 bis März 2021). "Es ist daher jetzt wichtig, dass Langzeitarbeitslose eine stabile Chance haben, mit langfristiger Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen", sagt Hensel. ↩

M LAHRMANN



Foto: OCY Köln

ZEICHEN DER SOLIDARITÄT

Regenbogenfahnen

Katholische Sozialverbände haben wie hier in Köln an ihren Gebäuden Regenbogenfahnen als Zeichen des Rückhalts für homosexuelle Paare gehisst. "Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die ihr Leben einschließlich ihrer Sexualität leben und gestalten wollen, um einander gutzutun, und das umfasst alle Menschen, selbstverständlich auch gleichgeschlechtliche Paare", erklärten die Kölner Caritas und der Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit IN VIA sowie die städtischen Sozialdienste katholischer Frauen (SkF) und Männer (SKM). Mit Blick auf das Verbot aus dem Vatikan, homosexuelle Partnerschaften zu segnen, betonten sie: "Wir wenden uns entschieden gegen diese und jede Form von Diskriminierung." - Vor einigen Kirchen wurden die Fahnen heruntergerissen oder sogar verbrannt. ↩

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von

Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Stefan Kalscheid

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

astrid.rohde@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

IMPRESSUM

FACHTAGUNG

"Hauptsache Arbeit - oder was?"

Fachtagung der Caritas in NRW zum Thema Bekämpfung prekärer und ausbeuterischer Beschäftigung (etwa in der Fleischindustrie oder der Landwirtschaft)

 **Dienstag, 21. September 2021**

 **Essen (Franz-Sales-Haus)**

 **www.caritas-nrw.de/termine**

Anmeldung:

d.kootz@caritas-paderborn.de